



Nationalrat

Nationalrat aktuell
 > Öffentlich bedienstete MandatarInnen
 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz
 Präsidenten und Präsidentinnen seit 1920
 Abgeordnete zum Nationalrat seit 1920
 Zusammensetzung des Nationalrates von 1920 - 1934
 Zusammensetzung des Nationalrates seit 1945

Bundesrat

[Bundesregierung](#)[Europäisches Parlament](#)[Landeshauptleute](#)[Bundespräsident](#)[Volksanwaltschaft](#)[Rechnungshof](#)[Europarat](#)[ParlamentarierInnen ab 1848](#)[Die Parlamentsdirektion](#)[Klubs](#)[Margaretha Lupac-Stiftung](#)[Nationalfonds und Entschädigungsfonds](#)[Parlamentarische Bundesheerkommission](#)[Vereinigung öffentlicher Mandatäre und Funktionäre](#)[Kontaktverzeichnis](#)[Start](#) > [Wer ist Wer](#) > [Nationalrat](#) > Öffentlich bedienstete MandatarInnen

Bericht der gemäß Art. 59b B-VG eingesetzten Kommission an den Nationalrat für das Jahr 2018

- Der Bericht für das Jahr 2018 als PDF-Dokument / PDF, 2525 KB
- Der Bericht für das Jahr 2017 als PDF-Dokument / PDF, 200 KB; als [HTML-Dokument](#)
- Der Bericht für das Jahr 2016 als PDF-Dokument / PDF, 396 KB; als [HTML-Dokument](#)
- Der Bericht für das Jahr 2015 als PDF-Dokument / 209 KB; als [HTML-Dokument](#)
- Der Bericht für das Jahr 2014 als PDF-Dokument / 91 KB; als [HTML-Dokument](#)
- Der Bericht für das Jahr 2013 als PDF-Dokument / 161 KB; als [HTML-Dokument](#)
- Der Bericht für das Jahr 2012 als PDF-Dokument / 122 KB; als [HTML-Dokument](#)

1. Rechtsgrundlagen

- 1.1 Gemäß Artikel 59a des Bundes-Verfassungsgesetzes sind öffentlich Bedienstete, die Mitglieder des Nationalrates oder des Bundesrates sind, auf ihren Antrag in dem zur Ausübung ihres Mandates erforderlichen Ausmaß dienstfrei oder außer Dienst zu stellen. Während der Dienstfreistellung gebühren die Dienstbezüge in dem Ausmaß, das der im Dienstverhältnis tatsächlich erbrachten Arbeitsleistung entspricht, höchstens aber 75 % der Dienstbezüge; diese Grenze gilt auch, wenn weder die Dienstfreistellung noch die Außerdienststellung in Anspruch genommen wird. Die Außerdienststellung bewirkt den Entfall der Dienstbezüge.
Kann eine öffentlich Bedienstete bzw. ein öffentlich Bediensteter wegen der Ausübung ihres bzw. seines Mandates an ihrem bzw. seinem bisherigen Arbeitsplatz nicht eingesetzt werden, so hat sie bzw. er Anspruch darauf, dass ihr bzw. ihm eine zumutbare gleichwertige – mit ihrer bzw. seiner Zustimmung auch eine nicht gleichwertige – Tätigkeit zugewiesen wird. Die Dienstbezüge richten sich nach der von der bzw. dem Bediensteten tatsächlich ausgeübten Tätigkeit.
- 1.2 Öffentlich Bedienstete haben das prozentuelle Ausmaß der Dienstfreistellung grundsätzlich für jedes Kalenderjahr – Lehrerinnen und Lehrer für jedes Schuljahr – im Vorhinein festzulegen. Meldungen sind gemäß § 17 Abs. 2 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 – BDG 1979 bzw. § 29i Vertragsbedienstetengesetz 1948 – VBG 1948 im Dienstwege einzubringen.
- 1.3 Gemäß § 6a Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz ist für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Beamtinnen und Beamte im Exekutivdienst (Wachebeamtinnen und -beamte) sowie im übrigen öffentlichen Sicherheitsdienst, Beamtinnen und Beamte im militärischen Dienst und Bedienstete im Finanz- und Bodenschätzungsdienst die weitere Ausübung ihrer dienstlichen Aufgaben untersagt, es sei denn, der Unvereinbarkeitsausschuss beschließt im Einzelfall, dass die weitere Dienstausbübung zulässig ist. Solchen Bediensteten ist gemäß § 17 Abs. 4 BDG 1979 ein ihrer bisherigen Verwendung mindestens gleichwertiger zumutbarer Arbeitsplatz zuzuweisen. Lehnt die bzw. der Bedienstete diesen ab, so ist sie bzw. er gemäß § 17 Abs. 3 BDG 1979 unter Entfall der Bezüge außer Dienst zu stellen.

2. Zusammensetzung der Kommission

Die Kommission setzt sich zusammen aus je einer bzw. einem von jeder Präsidentin bzw. jedem Präsidenten des Nationalrates namhaft gemachten Vertreterin bzw. Vertreter, zwei vom Präsidenten des Bundesrates mit Zustimmung der Vizepräsidentin und dem Vizepräsidenten namhaft gemachten Vertreterinnen bzw. Vertretern, zwei Vertreterinnen bzw. Vertretern der Länder, zwei Vertreterinnen bzw. Vertretern der Gemeinden und einem Mitglied, das früher ein richterliches Amt ausgeübt hat. Die fünf letztgenannten Mitglieder sind vom Bundespräsidenten zu ernennen, wobei die Bundesregierung bei ihren Vorschlägen im Falle der Ländervertreterinnen und Ländervertreter an einen gemeinsamen Vorschlag der Landeshauptleute, im Falle der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter an einen Vorschlag des Österreichischen Gemeindebundes und an einen Vorschlag des Österreichischen Städtebundes gebunden ist. Die Mitgliedschaft in der Kommission endet mit einer Gesetzgebungsperiode, jedoch nicht vor der Namhaftmachung oder Ernennung des neuen Mitgliedes.

2.1. Mitglieder der Kommission

Aufgrund der Nominierungen des Präsidenten und der Präsidentinnen des Nationalrates und des Präsidenten des Bundesrates sowie der Ernennungen des Bundespräsidenten gehören der Kommission in der XXVI. Gesetzgebungsperiode an:

- Ludwig BIERINGER (Bürgermeister und Präsident des Bundesrat a.D.)
- Rudolf EDLINGER (Bundesminister a.D.)
- Eleonore HOSTASCH (Bundesministerin a.D.)

[Bearbeiten](#)

Meine Lesezeichen (0)

- Gottfried KNEIFEL (Präsident des Bundesrates a.D.)
- Dipl.-Ing. Dr. Helmut KRÜNES (Bundesminister a.D.)
- Otto PENDL (Abgeordneter zum Nationalrat und Bürgermeister a.D.)
- Johann PENZ (Landtagspräsident a.D.)
- Dr. Wolfgang PÖSCHL (Vizepräsident des OLG i.R.)
- Dr. Josef PÜHRINGER (Landeshauptmann a.D.)
- Bernd ROSENBERGER (Bürgermeister a.D.)

Dr. Josef PÜHRINGER wurde in der konstituierenden Sitzung der Kommission in der XXVI. Gesetzgebungsperiode am 27. 09. 2018 zum Vorsitzenden und Otto PENDL zum Vorsitzenden-Stellvertreter der Kommission gewählt.

3. Aufgaben der Kommission

- 3.1. Nach Art. 59b Abs. 3 B-VG hat das Mitglied des Nationalrates oder des Bundesrates, das öffentlich Bedienstete bzw. Bediensteter ist, der Kommission jährlich mitzuteilen, welche Regelung es betreffend seine Dienstfreistellung oder Außerdienststellung gemäß Art. 59a B-VG getroffen hat, und auf welche Weise die von ihm zu erbringende Arbeitsleistung überprüft wird.
- 3.2. Weiters gibt die Kommission gemäß Art. 59b Abs. 2 B-VG auf Antrag einer bzw. eines öffentlich Bediensteten, die bzw. der Mitglied des Nationalrates oder des Bundesrates ist, oder auf Antrag ihrer bzw. seiner Dienstbehörde eine Stellungnahme zu Meinungsverschiedenheiten ab, die in Vollziehung des Art. 59a B-VG oder in dessen Ausführung ergangener gesetzlicher Vorschriften zwischen der bzw. dem öffentlich Bediensteten und ihrer bzw. seiner Dienstbehörde entstehen. Die Kommission gibt Stellungnahmen auch zu solchen Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Richterin bzw. einem Richter und einem Senat oder einer Kommission im Sinne des Art. 87 Abs. 2 B-VG sowie zu Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Mitglied des Nationalrates oder des Bundesrates und dem Präsidenten des Nationalrates in Vollziehung des Art. 30 Abs. 3 B-VG ab.

4. Berichtspflicht

Die Kommission hat jährlich dem Nationalrat betreffend die Mitglieder des Nationalrates einen Bericht zu erstatten, der zu veröffentlichen ist.

5. Meldungen für das Jahr 2018 bzw. für das Schuljahr 2017/2018

Für das Kalenderjahr 2018 sowie das Schuljahr 2017/2018 langten Meldungen von 41 Mitgliedern des Nationalrates, die öffentlich Bedienstete sind, ein. Danach waren 22 Mitglieder des Nationalrates als öffentlich Bedienstete außer Dienst gestellt.

Weiters wurden der Kommission 1 Dienstfreistellung im Ausmaß von 80 v.H., 3 Dienstfreistellungen im Ausmaß von 75 v.H., 1 Dienstfreistellung im Ausmaß von 70 v.H., 1 Dienstfreistellung im Ausmaß von 60 v.H., 1 Dienstfreistellung im Ausmaß von 54 v.H., 6 Dienstfreistellungen im Ausmaß von 50 v.H., 2 Dienstfreistellungen im Ausmaß von 40 v.H., 4 Dienstfreistellungen im Ausmaß von 25 v.H. sowie 4 Kürzungen der Dienstbezüge im Ausmaß von 25 v.H. gemeldet.

Beamtinnen und Beamte des Ruhestandes sind nicht von der Meldepflicht des Artikel 59b B-VG erfasst.

Als Mittel der Kontrolle wurden von den Meldepflichtigen Dienstaufsicht, Zeitkarte und elektronische Zeiterfassung angegeben.

Eine Zusammenfassung der Meldungen hinsichtlich der Außerdienststellungen und des Ausmaßes der Dienstfreistellungen ist dem Bericht angeschlossen.

6. Ersuchen um Stellungnahme

Es wurden im Berichtsjahr keine Ersuchen um Stellungnahme eingebracht.

7. Entwicklung der Anzahl der meldepflichtigen Mitglieder des Nationalrates

| Berichtsjahr | Anzahl der Mitglieder des NR, welche im Berichtszeitraum nach ihrer Meldung öffentlich bedienstet waren |
|--------------|---|
| 1996 | 60 |
| 1997 | 62 |
| 1998 | 61 |
| 1999 | 62 |
| 2000 | 55 |
| 2001 | 52 |
| 2002 | 48 |
| 2003 | 50 |
| 2004 | 47 |
| 2005 | 47 |
| 2006 | 45 XXII. GP 50 XXIII. GP |

| | |
|------|-----------------------------|
| 2007 | 53 |
| 2008 | 51 XXIII. GP 48 XXIV. GP |
| 2009 | 47 |
| 2010 | 46 |
| 2011 | 43 |
| 2012 | 36 |
| 2013 | 38 XXIV. GP 32 XXV. GP |
| 2014 | 30 |
| 2015 | 33 |
| 2016 | 32 |
| 2017 | 31 XXV. GP 37 XXVI. GP |
| 2018 | 41 |

Wien, am 21. Mai 2019

Dr. Josef Pühringer
Vorsitzender

☐ **XXVI. GP - Außerdienststellungen und aufgrund von Dienstfreistellungen zu erbringende Arbeitsleistungen gemäß Artikel 59b B-VG**

MELDUNGEN für das Kalenderjahr 2018 bzw. für das Schuljahr 2017/2018

| NR-Mitglied | Arbeitsleistung sowie Dienstbezüge im Ausmaß von bzw. Außerdienststellung* |
|---------------------------|--|
| AMESBAUER Hannes, BA | Außerdienststellung |
| ANDROSCH Maurice, Ing. | Außerdienststellung |
| BECHER Ruth Mag. | Außerdienststellung |
| BÖSCH Reinhard Eugen Dr. | Außerdienststellung |
| BRÜCKL Hermann | Außerdienststellung |
| GERSTL Wolfgang Mag. | 50 % Arbeitsleistung ¹ |
| GREINER Karin Mag. | 25 % Arbeitsleistung |
| GRÜNBERG Kira | 75 % Arbeitsleistung |
| HAMMER Michael Mag. | 50 % Arbeitsleistung ¹ |
| HAUSER Gerald Mag. | Außerdienststellung |
| HERBERT Werner | 60 % Arbeitsleistung |
| HEINISCH-HOSEK Gabriele | Außerdienststellung |
| HOFINGER Manfred Ing. | Außerdienststellung |
| JACHS Johanna Mag. | Außerdienststellung |
| KAINZ Alois | 75 % Dienstbezüge ^{*1} bis 28.2., 25 % Arbeitsleistung ¹ ab 1.3. |
| KUCHAROWITS Katharina | 75 % Arbeitsleistung bis 30.11., 50 % Arbeitsleistung ab 1.12. |
| KUMPITSCH Günther Mag. | 20 % Arbeitsleistung ² |
| KUSS-BERGNER Angelika BEd | Außerdienststellung |
| LAUSCH Christian | Außerdienststellung |
| LEICHTFRIED Jörg Mag. | Außerdienststellung |
| LOPATKA Reinhold Dr. | Außerdienststellung |
| LUEGER Angela | 75 % Dienstbezüge [*] |
| MAHRER Karl, BA | 75 % Dienstbezüge ^{*1} bis 28.2. |
| MAHRER Karl, BA | 75 % Dienstbezüge ^{*1} bis 28.2. |

| | |
|-------------------------------|--|
| MUSEH Josef Dr. | Außerdienststellung |
| NEUBAUER Werner | Außerdienststellung |
| OFENAUER Friedrich Mag. | Außerdienststellung |
| PLESSL Rudolf | Außerdienststellung |
| POVYSIL Brigitte Dr. | 50 % Arbeitsleistung |
| PREINER Erwin | Außerdienststellung |
| RAUCH Walter | 25 % Arbeitsleistung |
| RIES Christian | 60 % Arbeitsleistung Land Burgenland bis 31.7., 50 % Arbeitsleistung ¹ LPD Burgenland |
| ROSENBERGER Alois Dipl.-Ing | 40 % Arbeitsleistung |
| SALZMANN Gertraud MMag. | 75 % Dienstbezüge* |
| SCHANDOR Christian Dipl.-Ing. | 46 % Arbeitsleistung |
| SINGER Johann | Außerdienststellung |
| SMOLLE Josef Dr. | 75 % Arbeitsleistung |
| SOBOTKA Wolfgang Mag. | Außerdienststellung bis 31.5. |
| STARK Christoph | Außerdienststellung |
| TASCHNER Rudolf Dr. | 75 % Arbeitsleistung bis 30.9.2018 |
| TROCH Harald Dr. | 50 % Arbeitsleistung |
| YILDIRIM Selma Mag. | Außerdienststellung bis 31.5., 30% Arbeitsleistung ab 1.6. |

Außerdienststellung; d.h. die Dienstbezüge werden eingestellt. Im Fall der Dienstfreistellung gebühren die Dienstbezüge im Ausmaß der Arbeitsleistung, max. jedoch im Ausmaß von 75 %

*-75 % Dienstbezüge: Mehr als 75 % Arbeitsleistung, jedoch gem. Art. 59a Abs. 2 B-VG nur 75 % der Dienstbezüge

¹ Beschluss des Unvereinbarkeitsausschusses vom 31.01.2018: weitere Ausübung der dienstlichen Aufgaben zulässig

² Beschluss des Unvereinbarkeitsausschusses vom 28.02.2018: weitere Ausübung der dienstlichen Aufgaben zulässig

Anmerkungen: Angeführte Mitglieder des Nationalrates müssen nicht während des gesamten Berichtszeitraums dem Nationalrat angehört haben. Ein Enddatum kann im Zusammenhang mit dem Pensionsnatriß stehen.

Beamtinnen und Beamte des Ruhestandes sind nicht von der Meldepflicht des Artikel 59b B-VG erfasst.

› Parlament aktiv

- › Aktuell im Parlament
- › Parlamentskorrespondenz
- › Regierungsvorlagen und Gesetzesinitiativen
- › Anfragen und Beantwortungen
- › Begutachtungsverfahren und Stellungnahmen
- › EU-Datenbank
- › Beteiligung der BürgerInnen
- › Alle Verhandlungsgegenstände
- › Plenarsitzungen
- › Ausschüsse
- › Untersuchungsausschüsse
- › Parlamentarische Enqueten und Enquete-Kommissionen
- › Stenographische Protokolle
- › Budget-Analysen
- › Termine

› Parlament erklärt

- › Das österreichische Parlament
- › Nationalrat, Bundesrat und Bundesversammlung
- › Wie Gesetze entstehen
- › Die Kontrolle
- › Die Bundesverfassung
- › Beteiligung der BürgerInnen
- › Parteien und Klubs
- › Der Bundesstaat Österreich
- › Parlament und Europäische Union
- › Parlament International
- › Frauen im Parlament
- › Rechtsgrundlagen und Gesetze
- › Zur Geschichte des österreichischen Parlaments
- › Fragen und Antworten
- › Glossar

› Wer ist Wer

- › Nationalrat
- › Bundesrat
- › Bundesregierung
- › Europäisches Parlament
- › Landeshauptleute
- › Bundespräsident
- › Volksanwaltschaft
- › Rechnungshof
- › Europarat
- › ParlamentarierInnen ab 1848
- › Die Parlamentsdirektion
- › Klubs
- › Margaretha Lupac-Stiftung
- › Nationalfonds und Entschädigungsfonds
- › Parlamentarische Bundesheerkommission
- › Vereinigung öffentlicher Mandatäre und Funktionäre
- › Kontaktverzeichnis

› Mediathek

- › Suche
- › **Gebäude und Führungen**
- › Führungen
- › Das DemokratieQuartier
- › Besuch von Sitzungen
- › Architektur und Geschichte des Parlamentsgebäudes
- › Palais Epstein
- › Ausstellungen und Kunst im Parlament
- › Sanierung
- › Zutritt

› Service

- › Infoteam der Parlamentsdirektion
- › Fotos
- › Veranstaltungen
- › Projekt Demokratiebildung
- › Parlament für Jugendliche
- › Stellenausschreibungen
- › Ausschreibungen
- › Bibliothek und Archiv
- › Studien und Analysen
- › Publikationen zum Download
- › Informationsmaterial zum Download
- › Dokumentation und Statistik
- › Compliance
- › Parlaments-App
- › Open Government Data
- › Barrierefreiheit
- › Wichtige Links

